KOMMENTAR: GKV-SPARPAKET

SPARGESETZ UNTER DRUCK! THÜRINGEN WILL DIE KÜRZUNGEN ZURÜCKDREHEN. HÖRT BERLIN JETZT ZU?

Thüringen hat im Bundesrat einen Antrag eingebracht, um zentrale Kürzungen des GKV-Sparpakets zurückzunehmen: beim Bundeszuschuss, bei der Veränderungsrate für 2027 bis 2029 und bei der Vorsorge. Selten habe ein Gesetz so großen Nachhall erzeugt, sagt die Thüringer Gesundheitsministerin. Endlich nimmt ein Land ernst, was in Praxen und Kliniken gerade passiert.

München, 23. November 2026. Die Thüringer Landesregierung hat am 20. November eine Entschließung in den Bundesrat eingebracht, die in den Gesundheitsausschuss verwiesen wurde. Zu den Forderungen gehören: die Kürzung des allgemeinen Bundeszuschusses und der Veränderungsrate für 2027 bis 2029 zurückzunehmen, die Beiträge für Menschen in der Grundsicherung auch nach 2030 vom Bund finanzieren zu lassen, Prävention und Vorsorge von der Budgetierung auszunehmen, Ausschreibungen bei Hilfsmitteln zurückzuziehen und auf höhere Prüfquoten bei Krankenhausabrechnungen zu verzichten.

Auch die Bedarfsplanung in der Psychotherapie soll überprüft werden, mit einer eigenen Planung für Kinder und Jugendliche. Und statt erst Ende 2030 Bilanz zu ziehen, will Thüringen jährliche Zwischenberichte. Ministerin Katharina Schenk (SPD) sagt, selten habe ein Gesetz so großen Nachhall erzeugt. Auch die Ärzteschaft wehrt sich: In Niedersachsen hat die Vertreterversammlung der KV einen neuen Honorarverteilungsmaßstab für 2027 beschlossen und die Kürzungen aus dem Spargesetz scharf kritisiert.

DIE ZAHLEN

3 Mrd. €
fehlen den Praxen laut KBV allein 2027

2027 bis 2029
soll die Kürzung der Veränderungsrate zurückgenommen werden

Ende 2030
ist bisher erst die Auswertung des Sparpakets vorgesehen

DIE LÄNDER SEHEN, WAS VOR ORT PASSIERT

Der Antrag liest sich wie eine Liste dessen, was Praxen, Kliniken und Patienten seit Wochen beklagen. Vorsorge unter dem Budgetdeckel, mehr Prüfungen statt mehr Versorgung, Kinder und Jugendliche, die monatelang auf einen Therapieplatz warten. Wer vor Ort Verantwortung trägt, sieht die Folgen zuerst. Dass jetzt ein Land offen widerspricht, ist kein Störfeuer, sondern ein Warnsignal.

Eine Gegenfinanzierung schlägt Thüringen nicht vor, außer dass der Bund mehr übernehmen soll. Genau da gehört die Debatte hin. Die gesetzliche Krankenversicherung bezahlt seit Jahren Aufgaben, die eigentlich der Staat tragen müsste. Wer das Loch in den Kassen stopfen will, indem er bei der Versorgung kürzt, spart an der falschen Stelle.

> **„WENN EIN LAND IM BUNDESRAT AUFSTEHT UND SAGT, DIESES SPARPAKET GEHT ZU WEIT, DANN MUSS BERLIN ZUHÖREN. DIE KÜRZUNGEN TREFFEN PRAXEN, KLINIKEN, PSYCHOTHERAPIE UND AM ENDE DIE PATIENTINNEN UND PATIENTEN. ICH ERWARTE, DASS SICH WEITERE LÄNDER ANSCHLIESSEN UND DER BUND NACHBESSERT, BEVOR DER SCHADEN DA IST.“**
>
> Stefan Elmshäuser, Initiator der MEDICALPUNKS und Geschäftsführer von ifbig – Institut für Beratung im Gesundheitswesen

WAS JETZT PASSIEREN MUSS

- **Kürzungen zurücknehmen.** Bundeszuschuss und Veränderungsrate werden wiederhergestellt.
- **Vorsorge raus aus dem Budget.** Prävention und Früherkennung werden vollständig bezahlt.
- **Versorgen statt prüfen.** Keine höheren Prüfquoten bei Krankenhausabrechnungen.
- **Jedes Jahr Bilanz ziehen.** Die Folgen des Sparpakets werden jährlich offen ausgewertet, nicht erst 2030.

JEDES LAND, DAS MITZIEHT, ZÄHLT

Gesetze werden in Berlin gemacht, aber in Praxen, Kliniken und Therapiepraxen ausgebadet. Erzählt euren Landtagsabgeordneten und euren Ministerien, was das Sparpaket bei euch anrichtet. Je mehr Stimmen, desto schwerer wird es, wegzuhören. Mut, Einsatz, Haltung. Nur gemeinsam bewegen wir was.

DEINE STIMME

WAS MACHT DAS SPARPAKET MIT DEINEM ALLTAG?

Du arbeitest in einer Praxis, einer Klinik oder in der Therapie? Wo spürst du die Kürzungen schon jetzt, und was befürchtest du für 2027? Schreib an **sel@medicalpunks.de**, Betreff „Sparpaket". Mit deinem Einverständnis veröffentlichen wir deine Stimme in den MEDICALPUNKS-News, mit Namen oder anonym. Nur gemeinsam bewegen wir was.

ÜBER DIE MEDICALPUNKS

Die MEDICALPUNKS sind eine Bewegung für alle, die Versorgung tragen: Ärztinnen und Ärzte, Pflege, Therapie und Praxisteams, angestellt oder selbstständig. Sie arbeiten politisch für das große Ganze statt für Einzelinteressen, wollen die Menschen in der Versorgung sichtbar machen und sie im Alltag konkret unterstützen. Denn nur gemeinsam bewegen wir was. MEDICALPUNKS ist eine Initiative der XSEL GmbH (Riemerling bei München). Initiiert wurde sie von deren Geschäftsführer Stefan Elmshäuser (Dipl.-Kfm.), der seit 2012 Praxen, MVZ und Praxiskliniken berät, heute als Geschäftsführer von ifbig – Institut für Beratung im Gesundheitswesen, und zudem Geschäftsführer der Deutschen Praxisklinikgesellschaft (PKG) ist.

PRESSEKONTAKT

STEFAN ELMSHÄUSER

Dipl.-Kfm.
Initiator der MEDICALPUNKS
Geschäftsführer XSEL GmbH
Geschäftsführer ifbig –
Institut für Beratung im Gesundheitswesen
Geschäftsführer Deutsche Praxisklinikgesellschaft

E-MAIL sel@medicalpunks.de
MOBIL +49 151 57 80 83 00
WEB medicalpunks.de
stefanelmshaeuser.de
ifbig.de
INSTA @medicalpunks

Quellen: Deutsches Ärzteblatt, „Thüringen will Anpassungen am GKV-Sparpaket erreichen", 20.11.2026; Bundesrat, Drucksache 667/26; änd, Bericht zur Vertreterversammlung der KV Niedersachsen; KBV-PraxisInfo „Auswirkungen des Spargesetzes", November 2026.

MUT. GERADE JETZT.